

Studenten und Polizei getrennt gegen Bonn

Fünf Hundertschaften aus Bochum / Mit Werbeslogans

Von DIETER HEITMANN

Mit Plakaten, Transparenten und Plaketten setzen sich heute gegen 10 Uhr etwa 200 Bochumer Notstandsgegner in Richtung Bonn mit Bus, PKW und Bahn in Bewegung. Gleichzeitig starten vier Hundertschaften der in Bochum stationierten Bereitschaftspolizei, vollmotorisiert und mit Schlagstöcken ausgerüstet, gegen die Bundeshauptstadt. Die Kreispolizeibehörde Bochum stellt 100 Beamte der Schutzpolizei und zwei Kriminalbeamte ab.

Die Bochumer Demonstranten setzen sich vorwiegend aus Studenten zusammen. Sie haben Plakate gemalt und in Anlehnung an eine Waschmittelreklame („Zwingt Grau raus, Weiß rein“) den Sinnspruch gereimt: „Bochum zwingt Notstand raus — zwingt Sozialismus rein!“ Weiter in Memoriam Anti-Springer-Kampagne: „Seid nett zum Bundestag — löst ihn jetzt auf!“ Auch die „Sozialistische Demokratie“ wird per Spruchband gefordert. Schwarzrot-gold eingerahmte Plaketten verkünden schließlich das Ziel der Reise „Marsch auf Bonn — gegen Notstandsgesetze, 11. Mai!“

Stephan Bock (SDS) über die Teilnehmer: „Auch die Schüler Bochums fahren mit.“ Die „Kampagne für Abrüstung und Demokratie“ und der „Ruhrkreis“, eine Arbeitsgemeinschaft von Arbeitern und Studenten, sind mit von der Bonner Partei. Bochums Gewerkschafter strömen dagegen zu ihrer eigenen Anti-Kundgebung in die „Westfalahalle“.

Gemeinsam mit den Polizeibeamten wollen die Studenten das gemeinsame Ziel nicht ansteuern. Trotzdem meint Polizeioberrat Lottmann (BPA II): „Wir glauben, daß es ruhig bleibt, die Gegenseite vernünftig ist und lediglich demonstriert und ihre Grenzen kennt.“

Schon vor den Grenzen Bonns, in Beuel, stoßen die Bochumer gegen 12 Uhr auf „Verstärkung“, auf die Marschsäule „Westfalen“. Sie beraten dann die Aktion, überschreiten den Rhein auf der Kennedy-Brücke und werden nach 3,5 Kilometern Fußweg die Universität Bonn erreichen. Auf der Hofgarten-Wiese unter der „Regina pacis“, der Friedenskönigin der Universität, soll dann mit einer Kundgebung das Wortgefecht gegen die Notstandsgesetze ein friedvolles Ende finden.